



Protokoll Forum 3: Echokammer oder Debattenraum? Parteien und Social Media

Teilnehmende: **Dr. Linards Udris**, stellv. Leiter des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich

Lara Gregl, Online-Team des SPD-Parteivorstands

Moderation: **Falk Steiner**, freier Korrespondent beim Hauptstadtstudio des Deutschlandradios

Protokollantin: **Alina Fuchs**, FES

Hintergrund und Fragestellung:

Bei der Diskussion um die notwendige Erneuerung der Parteien in der Demokratie geht es immer auch um die Frage, wie die zunehmende (wahrgenommene) Kluft zwischen Parteien und den Bürger_innen überwunden werden kann – auch mit Blick auf die politische Kommunikation und die Eröffnung neuer Debattenräume. Dabei richtet sich der Fokus insbesondere auf die neuen Kommunikationsformen und -foren der sozialen Medien. Alle Parteien sind inzwischen in sozialen Medien aktiv unterwegs, das hat auch der Bundestagswahlkampf gezeigt. Welche Rolle diese Kanäle für die Erneuerung der Parteien und die Wiederbelebung der politischen Debatte in der Demokratie spielen, wurde in diesem Forum diskutiert.

Inputs:

Lara Gregl vom Online-Team des SPD-Parteivorstands stellte eingangs die Aktivitäten des Newsroom der SPD vor. Anspruch der Partei sei es, einen neuen, authentischen Blick auf sozialdemokratische Werte und Politik zu bieten, wobei Interaktion ausdrücklich erwünscht ist und gefördert wird. Als einen Erfolgsfaktor für den Einsatz sozialer Medien durch Parteien identifizierte sie die Notwendigkeit, Haltung zu zeigen. So würden insbesondere die Beiträge für Resonanz sorgen, in denen es um Werte und klare Positionierungen geht. Wenn dies mit einem kommunikativen Momentum (Entscheidung zu fällen, Emotion, Position, Authentizität, Abgrenzung zum politischen Gegner) einhergehe, könne ein großer mobilisierender Effekt erreicht werden. Für die SPD sei dies beim Thema „Ehe für alle“ der Fall gewesen. Grundsätzlich böten diese Kanäle Parteien große Chancen für den Austausch mit den Bürger_innen (z.B. über Facebook-Lives), diesem Austausch inhaltlich gerecht zu werden und die Diskussion in zivilen Bahnen zu halten (Stichwort Hasskommentare) sei jedoch sehr arbeits- und zeitaufwendig und erfordere eine entsprechende personelle Ausstattung und Expertise.

Um der Gefahr zu begegnen, sich nur in der eigenen parteinahen Filterblase zu bewegen, könnten Parteien Geld für eine zielgenaue Ansprache bestimmter Zielgruppen investieren aber auch mit digitalen ‚Influencern‘ zusammen arbeiten, die im Netz eine eigene Community haben. Grundsätzlich gelte aber, dass allein mit Onlinekampagnen keine Wahl zu gewinnen oder zu verlieren sei, sie ist immer nur Teil der Gesamtstrategie.

Dr. Linards Udris präsentierte im Anschluss die Ergebnisse der FES-Studie „Politische Inszenierung. Eine Inhalts- und Resonanzanalyse der Facebookseiten bundesdeutscher Parteien“ und analysierte Strategie und Wirkung der Facebook-Aktivitäten der Parteien im Wahlkampf. *[Siehe hierzu Präsentation und Thesenpapier anbei]*

Die anschließende Diskussion mit den Teilnehmenden fokussierte sich auf die Frage, was der vermehrte Einsatz von Social Media in der Politik für die Demokratie bedeutet, insbesondere mit Blick auf die stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Als problematisch wurden in diesem Zusammenhang die fehlende Debattenkultur und die Hasserfüllung vieler Diskurse genannt, aber auch das Wegbrechen des klassischen, kritischen Journalismus, der in der Demokratie die Funktion einer Sortierung und Beurteilung von Informationen erfüllt. Auch die Frage, wie inklusiv die digitalen Kanäle sind und welche gesellschaftlichen Gruppen hier Einfluss nehmen, wurde kontrovers diskutiert.

Eine ausführliche Debatte entspann sich an der Frage, wie Parteien die positiven Beteiligungspotenziale von sozialen Medien im Sinne einer Stärkung der Demokratie nutzen (sollten). Es bestand weitgehend Einigkeit darin, dass hier Potenziale zur Verringerung der Lücke zwischen Bürger_innen und Parteien liegen, diese aber (noch) nicht ausreichend genutzt werden. Teilweise entstehe der Eindruck, dass der Bürger und die Bürgerin auch im digitalen Bereich als reine_r Rezipient_in politischer Kommunikation gesehen werde, was für die demokratische Entwicklung problematisch sei („digitale Hochglanzbroschüre“). Einer wirklichen digitalen Beteiligung in Parteien würden oft Parteihierarchien und fehlende Bereitschaft zu einer tatsächlichen Öffnung gegenüber stehen. Der Frage digitaler Beteiligungsmöglichkeiten müsse demnach eine allgemeine Klärung der Frage vorausgehen, wie viel und welche Form von Beteiligung Parteien wollen und umsetzen können. Eine Diskussion allein über die technischen Wege der Beteiligung werde diese Frage nicht lösen und sei eher Symptom als Lösung. Einige Diskutant_innen äußerten die Überzeugung, dass es zukünftig ein Nebeneinander verschiedener persönlicher und digitaler Mitwirkungsmöglichkeiten brauche, da die analogen Entscheidungsstrukturen innerhalb von Parteien eine Verdichtungsfunktion in der Meinungsbildung erfüllen, die digitalen Kanäle hingegen einen sehr direkten Zugang ermöglichen. Beide Bereiche müssten sich ergänzen.

Schließlich wurde auf das Problem hingewiesen, dass für digitale politische Kommunikation und Beteiligung meist Foren von kommerziellen Anbietern genutzt werden, die wirtschaftliche und nicht immer demokratische Interessen verfolgen. Wünschenswert wäre daher der Aufbau eigener Plattformen, die offen für eine Beteiligung über die Parteigrenzen hinaus sind.

Zur Tagung:

Am 2. November 2017 richtete die Friedrich-Ebert-Stiftung die *Fachtagung „Demokratie und Parteien“* aus. Ausgehend von Ergebnis der Bundestagswahl wurde diskutiert:

- Wie hat die Bundestagswahl 2017 die Parteienlandschaft verändert?
- Naht das Ende oder die Renaissance der Volksparteien?
- Wie erfüllen Parteien ihre integrative Rolle in der Demokratie?
- Und wofür braucht die Demokratie eigentlich (noch) Parteien?

Es sprachen u.a. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, die Parteienforscherin Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), die Demoskopin Dr. Yvonne Schroth (Forschungsgruppe Wahlen), die Journalistin Dr. Ursula Weidenfeld sowie weitere Expert_innen aus Wissenschaft und Politik.

Videomitschnitte und weitere Ergebnisse der Tagung finden Sie unter <http://www.fes.de/de/demokratie-und-parteien/>

Kontakt:

Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Mail: alina.fuchs@fes.de

Dr. Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Mail: dietmar.molthagen@fes.de